Irene Dittrich
Die „Revolutionäre Studentengruppe" an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (1930-1933)

Die Kreisleitung Kiel der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (NSDAP) und der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund" (NSDStB) veröffentlichten am 31. 3. 1933 einen Brief an den Rektor der Kieler Universität. Er erschien unter dem Titel *„Wir räumen auf!"* in der Kieler NS-Zeitung „Volkskampf". Darin forderten sie die *„Ausschaltung des jüdischen Einflusses an der Hochschule"*, die Streichung der „Vergünstigungen" für jüdische Dozenten und Studenten und drohten, *„... daß die deutschen Studenten zu Beginn des nächsten Semesters jedem jüdischen Dozenten und Studierenden das Betreten der deutschen Hochschule unmöglich machen werden"*. Weiter heißt es:

„Wir erinnern auch daran, daß Ihre Magnifizenz bis heute duldet, daß eine kommunistische Hochschulgruppe in Kiel besteht und das Anschlagbrett dieser Hochschulgruppe immer noch im Universitätsgebäude hängt.

Wir bitten deshalb Ihre Magnifizenz im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Beruhigung der Kieler Bevölkerung möglichst endgültige Entscheidungen zu treffen."[1]

Bereits Anfang Februar 1933 hatte die „Freie Kieler Studentenschaft" (FKSt)[2] einen 2tägigen Protesthörerstreik durchgeführt. Hiermit wollte sie folgende Forderungen durchsetzen:

— die Einführung einer testatfähigen Vorlesung über Kriegsgeschichte und Wehrpolitik zwecks wissenschaftlicher Unterbauung der Wehrhaftigkeit,

— die Anerkennung der „Freien Kieler Studentenschaft" als offizieller Vertretung der Kieler Studentenschaft,

— die Überlassung der Aula der Universität und der Seeburg für akademische Veranstaltungen und

— das Verbot der kommunistischen Studentengruppe, zumindest die Untersagung ihrer Propaganda in und vor der Universität.

Während des Streiks brachten die Nazis am 10. 2. u.a. Schmähschriften an der Juristischen Fakultät gegen die *„zu 80 Prozent verjudete Professorenschaft"* an, überfielen einen andersdenkenden Studenten und rissen nach einer studentischen Vollversammlung die Mitteilungsbretter der Sozialistischen und Freisozialistischen Studentengruppe ab.[3] Nach dem Streik war die Universität auf Senatsbeschluß vom 11. bis zum 14. Februar geschlossen worden. In diesen Tagen kam es zum offenen Konflikt mit dem Universitätsrektor Skalweit.[4]

Gründung, Programm und Arbeit der „Revolutionären Studentengruppe"

Gegründet hat sich die Freisozialistische Studentengruppe zunächst unter dem Namen „Revolutionäre Studentengruppe" (RSG) im Dezember 1930. Die RSG verstand sich als *„überparteiliche Verbindung sozialistischer Studenten"*. In ihrer programmatischen Erklärung heißt es:

„Ihre Aufgabe ist, den Studenten den Zusammenhang ihrer wirtschaftlichen und hochschulpolitischen Interessen mit dem Kampf des Proletariats theoretisch klar zu machen und die Studenten politisch mit dem Proletariat zu verbinden.

Die Pauperisierung des Mittelstandes und der dadurch gegebene stärkere Andrang zum Universiätsstudium führt, verstärkt

[1] „Der Volkskampf. Für die Schaffenden! Gegen die Raffenden! Das deutsche Wochenblatt in Kiel", 31. 3. 1933.

[2] Die „Freie Kieler Studentenschaft" beantragte im Dezember 1927 die Eintragung ins Vereinsregister. Sie war eine Nachfolgeorganisation der zwangsaufgelösten „Kieler Studentenschaft" (KSt) und stand schon früh unter maßgeblichem Einfluß von Mitgliedern des NSDStB. Bereits bei den Wahlen zur Studentenkammer am 18. 2. 1927 wurden 2 Mitglieder des NSDStB (gegründet im Februar 1927) in den Vorstand der KSt gewählt: Joachim Haupt wurde Vorsitzender, Pg. Dengel erhielt das Amt für politische und soziale Bildung. Darüber hinaus wurde Reinhard Sunkel Geschäftsführer der „Schleswig-Holsteinischen Hochschulblätter" (SHHBl). In den darauffolgenden Jahren mußte man mit dem NSDStB als hochschulpolitischem Faktor rechnen. Bei den Studentenkammerwahlen im Juni 1930 wurde der NSDStB stärkste Fraktion, auch die Formen der Auseinandersetzung wurden zunehmend von den Nationalsozialisten an der Hochschule bestimmt. Ihre Angriffe richteten sich gegen politisch andersdenkende Hochschullehrer und Studenten und gegen jüdische Hochschulangehörige. Die Wahl 1931/32 fiel sogar aus, da nur noch eine Liste eingereicht wurde. Von den 22 Kieler Verbindungen gehörten 16 zur FKSt, langjährige Mitglieder wie z.B. die Hochschulgruppen des Demokratischen Studentenbundes und der DVP waren ausgeschieden, der NSDStB bestimmte die Arbeit. Vgl. hierzu: Klaus Bosholm, Der Weg der Kieler Universität ins Dritte Reich (1928-1933), Masch. Kiel 1983, S. 100ff..

[3] „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" vom 13. 2. 33. Nach einer Mitteilung des Rektors der CAU vom 19. Juli 1933 an den Preußischen Minister auf dessen Anfrage vom 27. Juni 1933 bestand an der Universität nur noch die Großdeutsche Freie Studentenschaft

durch die Ueberzähligmachung von akademischen Arbeitskräften, durch verschärfte, kapitalistische Rationalisierung, zu einer grossen, akademischen Arbeitslosigkeit und Verelendung. Die soziale Krise der Mittelklassen ist die objektive Voraussetzung für eine erfolgreiche, sozialistische Agitation unter der Studentenschaft. Sie drängt grosse Teile des Mittelstandes zum Proletariat, sie führt zum gemeinsamen Kampf gegen die internationale und nationale Ausbeutung und Unterdrückung. Der Sozialismus ist darum der Ausweg aus der allgemeinen Kultur- und Wirtschaftskrise der bürgerlichen Gesellschaft."

Deshalb setzten sich die sozialistischen Studenten als Ziel:

„1. Aufklärung im Geiste des Marxismus-Leninismus zu schaffen über den Charakter dieser Krise und seinen politischen Ausdruck, den Faschismus und

2. konkrete Forderungen für den Kampf an den Hochschulen aufzustellen, ausgehend von der Lage der minderbemittelten Studenten."[5]

Als Organ vertrieb die RSG die vom Reichsverband freier sozialistischer Studenten herausgegebene Publikation „Roter Student" und den „Roten Angriff der Kieler Studenten".[6]

Die RSG ist — neben der Studentengruppe der DNVP, die ebenfalls im Dezember 1930 aufgebaut wurde[7] — als eine der letzten politischen Studentengruppen gegründet worden. Im politisch *„linken"* Spektrum an der Hochschule existierte noch die „Vereinigung sozialistischer Studierender". Diese sozialdemokratisch orientierte Vereinigung war von August Rathmann, Karl und Walter Mannzen gegründet worden. Insgesamt jedoch war der Einfluß linker und bürgerlicher Gruppierungen an der Hochschule sehr gering.[8]

Vorsitzender der RSG war seit ihrer Gründung der Politologiestudent Arthur Witte. Er beantragte beim Universitätsrat der Christian-Albrechts-Universität die Anerkennung dieser Studentengruppe.[9] Die RSG trat spätestens seit dem 1. 4. 1931 als Ortsgruppe des überregionalen „Freien Sozialistischen Studentenbundes" auf. Laut Bericht des Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten vom 14. 12. 1931 waren in der Studentengruppe zu diesem Zeitpunkt 10 Mitglieder organisiert. Der Universitätsleitung sei allerdings keine Werbung innerhalb der Studentenschaft für die Ziele des Studentenbundes aufgefallen, auch Protestversammlungen anläßlich der Gebührenerhöhung hätten bisher nicht stattgefunden.[10]

Neben der Verteilung ihrer Publikationen an der Hochschule führten die Mitglieder der Freisozialistischen Studentengruppe Diskussionsveranstaltungen durch, so z.B. im November 1932 zum Thema *„Sozialistische Planwirtschaft"* und *„Studenten in Not"*.[11] Ein besonderer Schwerpunkt der hochschulpolitischen Arbeit ist im Dezember 1931 und der ersten Jahreshälfte 1932 offensichtlich der Kampf gegen die Gebührenerhöhung gewesen. In dem Artikel *„Strategie des Rückzugs"* der SHHBl vom 15. 1. 1932 heißt es in typisch nationalsozialistischem Stil:

„... Aktionen größten Formats sind geplant: in der Dezembernummer des ‚Roten Studenten' lesen wir: ‚Unsere Kieler Genossen planen für Anfang Dezember einen großen Schlag ge-

und die Freisozialistische Studentengruppe. Während die Vereinigung jüdischer Studierender schon mehrere Jahre nicht mehr aufgetreten war, wurden die Sozialistische Studentenschaft, der Demokratische Studentenbund und der Radikaldemokratische Studentenbund als aufgelöst angesehen. Alle waren hiernach im Jahre 1931 das letzte Mal öffentlich in Erscheinung getreten. Die Schwarzen Bretter der Gruppierungen wurden — so weit noch nicht geschehen — entfernt. Siehe dazu: Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 47, Nr. 1102.

[4] Erich Hofmann, Die Christian-Albrechts-Universität in preußischer Zeit, in: Allgemeine Entwicklung der Universität, 2. Teil, bearb. v. E. Hofmann, R. Jaeger, F.A. Schmidt-Künsemüller, Neumünster 1965, S. 82 (Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665-1965, Bd. 1, Teil 2).

[5] LAS Abt. 301, Nr. 4532.

[6] LAS Abt. 301, Nr. 4532; Hofmann, a.a.O., S. 81.

[7] SHHBl, hrsg. v. Vorstand der Freien Kieler Studentenschaft, Nr. 3, Wehrpolitische Sondernummer, 7.Jg., Kiel 20. 2. 1931.

[8] Vgl.: Jürgen Weber, Stichwort: Universität und Arbeiterbewegung, in: Demokratische Geschichte III, S. 381f; Bosholm, a.a.O., S. 172.

[9] LAS Abt. 301, Nr. 4532. Ob die Gruppe anerkannt wurde, ist nicht bekannt. Sie besaß jedenfalls ein Mitteilungsbrett in der Universität. Im „Kieler Studentenhandbuch, Führer für die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. hrsg. vom Akademischen Auskunftsamt 1931/32" ist sie unter der Rubrik „Korporationen, studentische Vereine, politische Studentengruppen und Sportvereine" nicht aufgeführt, während die anderen Studentengruppen wie z.B. der Republikanische Studentenbund, die Vereinigung sozialistischer Studierender enthalten sind. Der Nachfolger Arthur Wittes als Vorsitzender der Studentengruppe ist nicht bekannt. Arthur Witte scheint jedenfalls nur bis Ende 1932 in Kiel gewesen zu sein.

[10] LAS Abt. 301. Nr. 4533. Über ebenfalls in diesem Bericht erwähnte antifaschistische Studentenwehren ist nichts weiter bekannt.

[11] Hofmann, a.a.O., S. 81.

gen die Gebührenerhöhung. Die Studentenschaft soll mobilisiert werden. Wir setzen die Verweigerung der letzten Rate durch. — Herrlich! Wer hat uns verraten? Der Nazifaschismus! Wer macht uns frei? Wahrscheinlich die Kamarilla extravaganter, im übrigen ganz unproletarisch eleganter Herrchen und Dämchen, die die alterprobte KPD-Niederlagenstrategie auf deutschen Universitäten experimentell erproben wollten; denn die Herrschaften bekamen, scheints, Angst vor der eigenen Courage. Oder ging ihnen allmählich selbst der ungeheure Blödsinn ihrer Forderung auf, die einige Hundert leichtgläubige Kommilitonen im hohen Bogen hätte auf die Straße fliegen lassen, während die Kieler Teddi's und Heinzi's sich Lorbeer um die Siegerstirne hätten flechten können. Denn es ist pikant, zu erfahren, daß das Gremium der Führer von vornherein glänzend gesichert gewesen wäre. Wenn man durch die Studienstiftung alimentiert wird, oder die erfreuliche Tatsache, daß der alte Herr Professor ist, von dem lästigen Gebührenzahlen prinzipiell befreit, — dann ist es eine Lust, die Gladiatoren in die Arena zu schicken. Aber, Ihr Edlen, auch Blödsinn verpflichtet! Erst den Mund nicht weit genug aufreißen können und es nachher nicht gewesen sein wollen — Ihr gestattet, daß wir diese Haltung der Oeffentlichkeit unterbreiten; denn Schadenfreude ist die reinste Freude..."[12]

Nach diesem Artikel und der Mitteilung des Regierungspräsidenten vom 14. 12. 1931 hat die von der Freisozialistischen Studentengruppe geplante Aktion gegen die Gebührenerhöhung nicht stattgefunden. Als kurz vor Beginn des Sommersemesters 1932 erneut die Studiengebühren erhöht wurden, berief die Freisozialistische Studentengruppe eine Studenten-Versammlung ein und propagierte einen Gebührenstreik. Zu einer Streikbeteiligung forderten sie auch die NS-Vertreter auf. Diese lehnten jedoch ab, da diese Aktion *„... von der kommunistischen Studentengruppe zu rein agitatorischen Zwecken propagiert, wegen ihrer viel zu späten Inszenierung von vornherein zum sicheren Mißerfolg verurteilt wäre und daher von einer grenzenlosen Verantwortungslosigkeit gegenüber denjenigen Kommilitonen zeugt, die sich etwa gutgläubig daran beteiligen und in die größten Schwierigkeiten bringen würden."* Auch in diesem Falle kam es zu keinem Streik. Doch muß diese erneute Gebührenerhöhung viele Studenten vor schwerwiegende wirtschaftliche Probleme gestellt haben. Dies betont auch eine in derselben Ausgabe der Hochschulblätter veröffentlichte Stellungsnahme der „Deutschen Studentenschaft".[13]

Was den Vorwurf der NS-Studenten im Artikel *„Strategie des Rückzugs"* hinsichtlich der sozialen Herkunft der Mitglieder der Freisozialistischen Hochschulgruppe betrifft, muß berücksichtigt werden, daß Arbeiterkinder allgemein an den Hochschulen kaum vertreten waren: Im Wintersemester 1927/28 betrug der Arbeiteranteil an der CAU 2,1 %, an den preußischen Universitäten im Wintersemester 1932/33 2,8%.[14]

Gemäß ihrer Programmatik scheinen die Mitglieder dieser Gruppe vor allem auch außerhalb der Hochschule propagandistisch gearbeitet zu haben. Sie waren eng in die Arbeit der

[12] SHHBl Jg. 8, 15. 1. 1932, Folge 1, S. 2.

[13] SHHBl Jg. 8, 9. 5. 32, Folge 4, S.3.

[14] Bosholm, a.a.O., S. 255 ff. Zu den „Professorenkindern" siehe weiter unten.

„Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) und des „Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands" (KJVD) einbezogen, wie die wenigen bekannten Daten zu den einzelnen Mitgliedern zeigen. Sie arbeiteten im Stadtgebiet für die KPD besonders im Bereich ‚Agitprop' und traten auf Veranstaltungen und Versammlungen auf.[15] Schulungsseminare wurden u.a. auch mit Schülerinnen und Schülern durchgeführt, die in der KPD und dem KJVD organisiert waren.

Die Mitglieder des „Freien Sozialistischen Studentenbundes"

Fast alle bisher ermittelten Mitglieder dieser Studentengruppe sind auch Mitglieder des KJVD und/oder der KPD gewesen. Mitgearbeitet haben nicht nur Studentinnen und Studenten der Universität, sondern auch der Pädagogischen Akademie und anderer Bildungseinrichtungen.

Folgende Studentinnen und Studenten sind (bisher) bekannt:

— Arthur Witte, *22. 12. 1903 in Wuppertal-Barmen.[16] Er stammte aus einer Arbeiterfamilie, sein Vater war Mitglied der KPD seit 1920 und von 1926 bis 1933 KPD-Stadtverordneter in Wuppertal-Barmen.

An der CAU studierte Arthur Volkswirtschaft, Geschichte und Philosophie. Er wurde wahrscheinlich 1928 Mitglied der KPD. Arthur war ab Ende 1932 Leiter und Mitgründer der Studentengruppe und arbeitete im KJVD. Seit Februar 1932 soll er als KJVD-Vertreter in der Unterbezirksleitung (UBL) Kiel der KPD gewesen sein.[17] Von November 1932 bis Februar 1933 war er im Unterbezirk Wandsbek tätig. Nach einer ‚Schutzhaft' von März bis Mai 1933 wurde er wieder politisch aktiv für die KPD. Ende Juni 1933 wurde Arthur Witte in Neumünster zusammen mit anderen Mitgliedern der KPD verhaftet.[18] Sie hatten verschiedene Ausgaben der „Norddeutschen Zeitung" hergestellt und verteilt. Wegen dieser sog. *„Vorbereitung zum Hochverrat"* wurde er im Juni 1934 vom Kammergericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Aus der Haft wurde er am 18. Mai 1935 entlassen. Danach ging er wieder zu seinen Eltern zurück nach Wuppertal-Barmen. In Barmen wurde er erneut am 6. Juni 1936, sein Vater am 15. Juli 1936 verhaftet. In einem Prozeß gegen insgesamt 74 Angeklagte wegen Herstellung und Verbreitung von Druckschriften wurde er zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er Sendungen des Radios Moskau gehört haben soll. Im Urteil heißt es über Arthur Witte: *„Der Angeklagte ist offenbar ein eingefleischter Kommunist, der von seiner volksschädlichen Betätigung nicht lassen will, da er sich weder durch die Schutzhaft noch durch die frühere Strafe hat abschrecken lassen. Wegen seiner höheren Intelligenz bildet er eine grössere Gefahr für in ihrer politischen Anschauung nicht gefestigte Volksgenossen. Er muss daher hart bestraft werden. Die erkannte Zuchthausstrafe von 8 Jahren ist daher, ... angemessen."*

Nach der Haft wurde er von den Nationalsozialisten in das Bewährungsbataillion „999" eingezogen. Nach der Ausbildung in Heuberg wurde er mit seiner Einheit an die Ostfront geschickt. In Jugoslawien geriet er in Kriegsgefangenschaft. Seitdem ist er verschollen.[19]

[15] Die Kieler KPD hatte 1931/32 eine Agitprop-Gruppe mit dem Namen „Rote Funken". Diese Gruppe trat praktisch auf allen Veranstaltungen der KPD auf und fuhr auch über Land. Kabarettistisch setzten sich die „Roten Funken" mit tagespolitischen Themen auseinander oder führten Auszüge aus Brechtschen Stücken auf. Geprobt wurde im „Glaskasten", einem KPD-Verkehrslokal. Die kabarettistischen Einlagen wurden selbst verfaßt, die Musik komponierte ebenfalls ein Mitglied der Gruppe. Regie führte bis Ende 1932 ein Schauspieler des Stadttheaters. Mitglieder der „Roten Funken" waren: Bruno Brüggemann, Käthe Kossack, Werner Johannen, Klaus Fuchs, Albert Kracht, Fiete Lilienthal (als Berater und Dekorateur), Kurt Lilienthal (schrieb Stücke), Henny Kaiser, Emil und wahrscheinlich Theo Martini, die Schwestern Henning. (Interview Henny Heising, geb. Kaiser, 30. 11. 1987 und 1. 4. 1989).

[16] Zum folgenden Absatz vgl.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED — Zentrales Parteiarchiv (IML-ZPA) NJ 72.

[17] Laut Bericht des Polizeipräsidenten Kiel an den Regierungspräsidenten vom 17. 2. 1932, LAS Abt. 301, Nr. 4533.

[18] „Holsteinischer Courier" vom 1. 6. 1933: In diesem Artikel ist er allerdings fälschlicherweise mit dem Namen „Arthur Winter" aufgeführt.

[19] Interview Henny Heising, 1. 4. 1989.

— Walter Besenbruch, *25. 10. 1907 in Barmen.[20] Auch er stammte aus einer Arbeiterfamilie. Er wohnte zuletzt, d.h. 1935, in Kiel in der Annenstr. 56.[21] W. Besenbruch soll laut Bericht des Polizeipräsidenten in Kiel am 14. 2. 1932 als Agitpropleiter in die UBL Kiel gewählt worden sein. Im Verlauf des Jahres 1932 zog er nach Berlin. Aus der Haft, in der er sich seit der Machtübertragung befand, wurde er am 5. 11. 1934 entlassen. 3 Wochen später zog er wieder nach Kiel. Am 24. Januar 1935 wurde er erneut in Eckernförde verhaftet, im Zusammenhang mit einer Reihe von Verhaftungen in Flensburg, Kiel, Eckernförde und Süderlügum. Mitglieder der KPD in diesen Orten hatten verschiedentlich gefährdete Personen nach Dänemark in Sicherheit gebracht und illegale Schriften eingeführt. Dazu gehörten u.a. in Eckernförde Albert Bertelsmeyer und Carl Piepgras.[22] Zu diesem Zeitpunkt soll Walter Besenbruch laut Gestapo der Politische Leiter der KPD in Kiel gewesen sein. Im darauffolgenden Prozeß wurde er zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt und war bis zum Mai 1945 in Haft: zuerst in Fuhlsbüttel, dann im KZ Buchenwald.

Nach 1945 arbeitete Walter Besenbruch zuerst bei der Polizei, dann nahm er das Studium wieder auf und habilitierte sich für Mathematik. Er lebt heute in der DDR.

[20] Zu diesem Absatz vgl.: IML-ZPA NJ 1239; LAS Abt. 301, Nr. 4533; Interview Henny Heising, 30. 11. 1987 und 1. 4. 1989.

[21] In der Jungmannstraße und der Annenstraße wohnten vor 1933 viele Mitglieder der KPD, des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Hilfe.

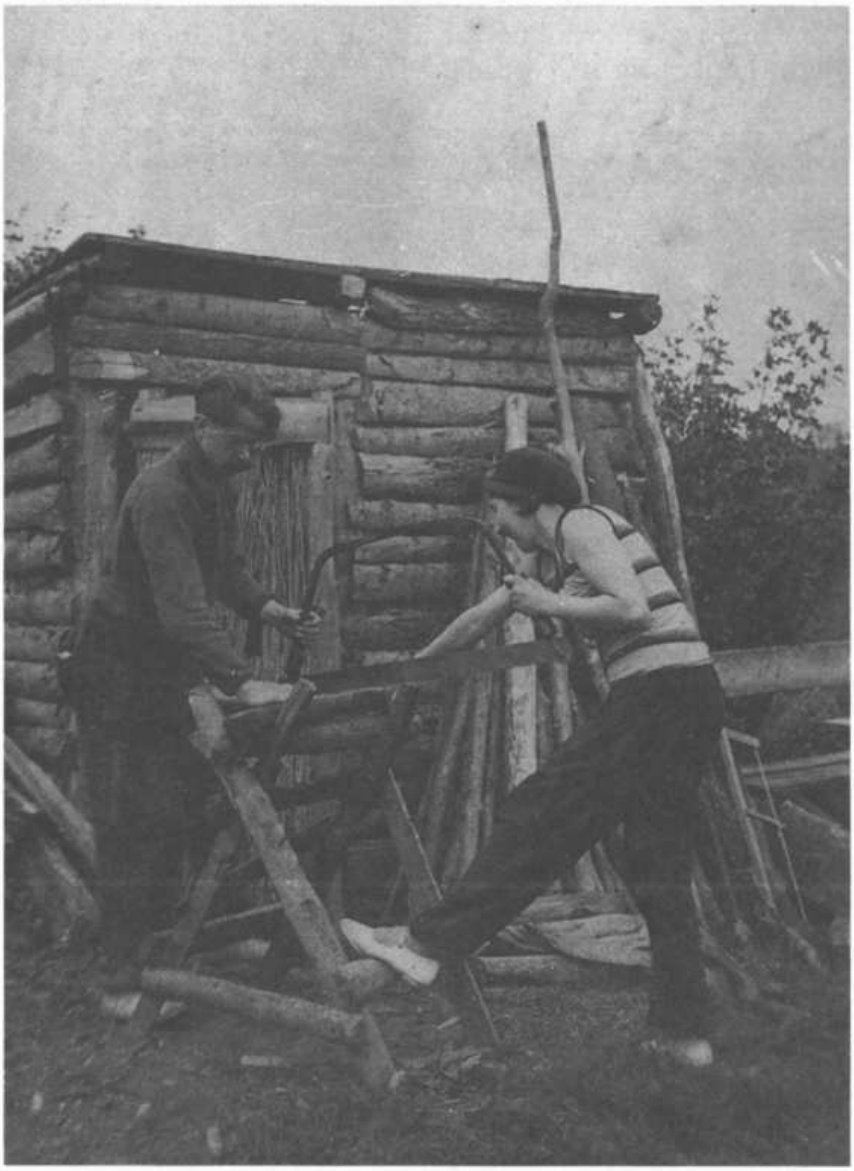
[22] Vgl. dazu: Karl-Werner Schunck, Widerstand in Eckernförde, in: Vergessen und Verdrängt, hrsg. v. K. Hamer, K.-W. Schunck und R.Schwarz, Ekkernförde 1984, S. 167 ff; IML-ZPA NJ 9542.

Von links nach rechts: unbekannt, Walter Besenbruch, Gerta Still (ca. 1932). (Alle Bilder in diesem Artikel sind Privatbesitz von Frau Henny Heising)

— Klaus Fuchs und Gerhard Fuchs.[23] Sie waren die Kinder des Professors der Religionswissenschaften Emil Fuchs, der zur Gruppe der Religiösen Sozialisten gehörte, Pazifist war und im August 1931 als erster Sozialdemokrat an die Pädagogische Akademie in Kiel berufen wurde. Prof. Emil Fuchs arbeitete u.a. mit Otto Baumgarten (Theologe, DDP) und Walther Schücking (Völkerrechtler, DDP) im Republikanischen Klub zusammen, dessen Vorsitzender er im Frühjahr 1932 wurde. Nach der Machtübertragung verlor Prof. Emil Fuchs als einer der ersten deutschen Hochschullehrer sein akademisches Amt.[24] Drei seiner Kinder studierten in Kiel: Gerhard (Jura), Klaus (Physik) und Elisabeth (Malerei). Elisabeth, Klaus und Gerhard traten zuerst in die „Sozialistische Arbeiterjugend" (SAJ) ein. Im Winter 1931/32 traten sie dann zur KPD über, da sie die Haltung der SPD nicht länger billigen wollten. Dieses wirkte sich für das Familienleben, wie E. Fuchs in seiner Biografie schreibt, nicht trennend aus, vielmehr waren seine offenen Abende *„Schauplatz leidenschaftlicher Aussprachen"*.

[23] Zum gesamten Abschnitt vgl.: Emil Fuchs, Mein Leben, Bd. 2, Leipzig 1959, S. 187 ff.

[24] Hasko von Bassi, Otto Baumgarten, in: Europäische Hochschulschriften, Reihe 23, Theologie, Bd. 345, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1988, S.255.



Während eines einwöchigen Schulungsseminars kommunistischer StudentInnen und SchülerInnen in Hohwacht (ca. 1932): Klaus und Elisabeth Fuchs beim Holzsägen.

Ebenfalls auf diesem Seminar in Hohwacht (von links nach rechts): Fiete Lilienthal, unbekannt, unbekannt, Henny Heising, Elisabeth Tambke, Liselotte Schwenn, Walter Mannzen, unbekannt, Gerhard Fuchs, Walter Johannen; (vorne liegend): Leo Schein, der Besitzer des Hauses.

Im Gegensatz zu ihren beiden Brüdern war Elisabeth nicht in der Freisozialistischen Studentengruppe aktiv. Sie arbeitete im KJVD. Für den Jugendverband nahm sie u.a. auf einer Reise nach Holland, auf der sie ihren Vater begleitete, an einem Friedenskongreß in Amsterdam teil und betätigte sich in einer kommunistischen Frauengruppe.

Gerhard und Klaus waren beide begabte Redner. Sie sprachen häufig für die KPD in politischen Versammlungen. Durch ihr öffentliches Auftreten , z.B. auch in NS-Versammlungen, waren sie im Stadtgebiet sehr bekannt. Dabei wurde zumindest Klaus häufiger von Nationalsozialisten bedroht. Gerhard verzog wahrscheinlich 1932 nach Berlin, um dort sein juristisches Examen abzulegen.

Nach dem 30. 1. 1933 mußten sich die drei Geschwister verborgen halten.

Elisabeth wurde in Kiel von Frauen versteckt. Den Vorschlag ihres Vaters, nach England zu gehen, lehnte sie ab. Nach Bekanntwerden ihres Versteckes wurden Elisabeth und ihr späterer Ehemann Gustav Kittowski verhaftet: Elisabeth kam ins Gefängnis in Kiel, Gustav in das Moorlager Papenburg. Nach ihrer Entlassung aus der Haft (Elisabeth kurz vor Weihnachten 1933, Gustav im Januar 1934) zogen beide nach Berlin in das Haus, in dem ihr Bruder Gerhard mit seiner Frau Karin, geb. Busemann, lebte. Alle arbeiteten illegal für die KPD weiter. Als Karin, die Ehefrau Gerhards am 19. 5. 1934 verhaftet wurde, ging Gerhard zuerst nach Prag in die Emigration, nach dem Einmarsch der faschistischen Wehrmacht, in die Schweiz. Gustav Kittowski wurde in Berlin am 15. 1. 1936 festgenommen. Er wurde im März 1937 zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er seinem Schwager Gerhard bei dessen Flucht geholfen hatte und

in Verbindung mit Mitgliedern der KPD in Eckernförde stand.[25] Über das Zuchthaus Brandenburg kam er ins Lager Dessau-Roßlau. Von dort gelang ihm die Flucht nach Prag. Elisabeth, die am Fluchtplan beteiligt war, aber über dessen Verlauf keine Nachricht erhalten hatte, beging am 7. August 1939 Selbstmord.

Klaus emigrierte, nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin, über Aachen nach Frankreich. Von hier aus ging er nach England und studierte in Oxford. Als Physiker war er in England und den USA an der Entwicklung der Atombombe beteiligt. 1946 kehrte er nach England zurück und wurde Leiter der Abteilung für theoretische Physik im Atomforschungszentrum Harwell. 1950 wurde er wegen Weitergabe von Atomgeheimnissen an die UdSSR zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung 1959 siedelte er in die DDR über und wurde Leiter des Zentralinstituts für Kernphysik in Rossendorf bei Dresden. Er starb 1988.[26]

— Karin Busemann. Sie studierte an der Pädagogischen Akademie. Sie arbeitete schon mit Klaus, Elisabeth und Gerhard Fuchs, den sie später heiratete, in der SAJ zusammen, trat dann aber ebenfalls in die KPD ein. Nach ihrer Verhaftung in Berlin 1935 wurde sie zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach 1945 war sie Lehrerin und lebte in Hessen.[27]

In Hohwacht: Karin Busemann

[25] Gustav Kittowski, * 27. 10. 09 in Kiel, Mitglied des KJVD in Kiel seit Mai 1930 und der KPD wahrscheinlich seit 1931, lebte bis 1933 bei seiner Mutter, der Witwe Hertha Kittowski, geb. Ivers. Der Invalide Hermann Ivers aus Eckernförde-Borby war sein Onkel. Außer zu seiner Mutter und seinem Onkel hatte er auch aus Berlin bis zu seiner Verhaftung Kontakte zu weiteren KPD-Mitgliedern in Kiel und Ekkernförde. Er transportierte und erhielt illegal hergestelltes Material und nahm an Treffen teil. Vgl. Urteil gegen G.Kittowski, 10.0.Js.27/36 A, im Besitz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel; K.-W. Schunck, a.a.O., S. 175ff.

[26] Vgl. auch: Bruno Bock, Klammheimlich kam der Omnibus, Herford 1987, S. 172ff.

[27] Urteil 10.0.Js.27/36 A; E. Fuchs, a. a.O., S. 241ff.

— Thomas Rosenberg (*23. 1. 1909 in Göttingen) und seine Schwester Renate. Sie waren zwei der vier Kinder des jüdischen Professors für Astronomie und Direktors der Sternwarte in Kiel, Hans Rosenberg.[28] 1926 kam die Familie Rosenberg nach Kiel. Thomas studierte erst Musik, dann Chemie, Renate Medizin. Beide waren in der KPD organisiert, ihr Bruder Reinhard im KJVD. Thomas emigrierte mit seiner Familie im November 1933. Renate, ihr Bruder Reinhard und ihre Eltern gingen am 17. 4. 1934 zunächst in die USA. Ab 1938 lebte sie mit ihren Eltern in Istanbul, wo ihr Vater als ordentlicher Professor tätig war.

— die Medizinstudentin Liselotte Schwenn, *10. 12. 1906 in Kiel. Auch sie war Mitglied der KPD. Nach der Heirat mit Thomas Rosenberg wohnte das Ehepaar 1933 im Knooper Weg 115. Am 17. 11. 1933 emigrierten sie mit ihrer einhalbjährigen Tochter Eva nach Dänemark.[29]

— Werner Johannen, *23. 10. 1910 in Kiel. Er studierte in Hamburg, brach sein Studium dort jedoch ab und kam im Sommer 1932 nach Kiel. Seit dem Frühjahr 1933 besuchte er die Kunstgewerbeschule in Kiel. Anfang 1933 zeichnete er verantwortlich für eine Ausgabe des „Roten Angriffs", des Organs der Studen-

Werner Johannen

[28] Der Universitätsprofessor Hans Rosenberg wurde am 18. 5. 1879 in Berlin geboren.Er war im 1. Weltkrieg Artillerieoffizier. Seit dem 29. 3. 1916 war er außerordentlicher Professor, zum 1. 4. 1926 wurde er als ordentlicher Professor für Astronomie und Direktor der Sternwarte nach Kiel berufen. Vom Februar bis zum September 1929 leitete er die deutsche Sonnenfinsternisexpedition nach Siam. Er wohnte mit seiner Ehefrau Vera, geb. Borchardt, im Niemannsweg 125. Sie verließen das Deutsche Reich am 17. 4. 1934. Er starb am 26. Juli 1940 in Istanbul. Siehe dazu: Friedrich Volbehr, Richard Weyl, Professoren und Dozenten der CAU zu Kiel 1665-1954, in: Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, N.F.7, 4. Aufl., Kiel 1956, S.167; LAS Abt. 455, Nr. 9; LAS Abt. 47, Nr. 1869.
Das vierte Kind der Rosenbergs, die Tochter Eva-Maria, studierte ebenfalls ab WS 1931/32 an der CAU an der Philosophischen Fakultät. Auch sie war in der KPD. Vor 1933 zog sie nach Hamburg. Hier wurde sie wegen ihrer politischen Aktivitäten nach 1933 verurteilt. Nach ihrer Haft emigrierte sie in die Schweiz. Vgl. dazu: Interview Henny Heising 30. 11. 87; LAS Abt. 47, Nr. 1904.

[29] LAS Abt. 455, Nr. 9; Interview Henny Heising 1. 4. 89.

tengruppe. Am 21. Juni 1933 wurde er verhaftet, weil er zusammen mit anderen Mitgliedern der KPD die „Arbeiterwelt" in Kiel hergestellt und verteilt hatte. Deshalb wurde er zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haft verbüßte er im Gefängnis in Neumünster. Hier erkrankte er an TBC. Nach seiner Haftentlassung 1935 lebte er zunächst bei seinen Eltern in Kiel, nach dem Tod der Mutter zogen er und sein Vater nach Amrum. 1947 starb er an TBC.[30]

Als weitere Mitglieder der Freisozialistischen Studentengruppe sind bekannt:
— Gerta Still, Mitglied der KPD,
— Fiete Lilienthal. Er studierte an der Pädagogischen Akademie und war bei den „Roten Funken" aktiv[31],
— Walter und seine spätere Ehefrau Margot Mannzen. Er studierte Jura, war der *„Theoretiker"* in der Gruppe und führte Schulungen durch. Offensichtlich handelt es sich um den ehemaligen Mitbegründer der *„Vereinigung sozialistischer Studierender"*, der sich dann später der KPD anschloß.[32]

Kontakt zur Studentengruppe hatte wahrscheinlich auch der Medizin-Student Friedrich Paulsen. Er wohnte bei seinen Eltern in der Esmarchstr. 55. Er wurde am 6. März 1934 im Zusammenhang mit der Verurteilung von 38 anderen Angeklagten wegen Herausgabe der „Arbeiterwelt" zu einem Jahr und 3 Monaten Gefängnis unter Anerkennung von 2 Monaten Haft verurteilt.[33]

[30] IML-ZPA NJ 14110; Interview Henny Heising 1. 4. 89.
[31] Siehe Anmerkung 15.
[32] Interview Henny Heising 1. 4. 89.
[33] Interview Henny Heising 30. 11. 87; Urteil des 3. Strafsenat des Kammergerichts Berlin O.J.692.33, im Besitz der VVN-BdA. Ob Friedrich Paulsen Mitglied in der KPD oder im KJVD war, ist nicht bekannt.